

Stadt Köthen (Anhalt)

Der Oberbürgermeister

Beschlussvorlage

2011189/6

Dezernat: OB	aktuelles Gremium Stadtrat	Sitzung am: 15.12.2011 TOP: 2.14
Amt: Amt 20	öffentlich ja	Vorlagen-Nr.: 2011189/6
	Az.:	erstellt am: 20.09.2011

Betreff

Friedhofsgebührenkalkulation

Beratungsfolge

Nr.	Gremium	Ist-Termin	Ergebnis
1	01.11.2011: Ortschaftsrat Merzien	01.11.2011	laut BV
2	02.11.2011: Ortschaftsrat Arensdorf	02.11.2011	laut BV
3	07.11.2011: Ortschaftsrat Löbnitz an der Linde	07.11.2011	laut BV
4	10.11.2011: Ortschaftsrat Baasdorf	10.11.2011	abgelehnt
5	06.12.2011: Hauptausschuss	06.12.2011	laut BV
6	15.12.2011: Stadtrat	15.12.2011	laut BV

Beschlussentwurf

Der Stadtrat der Stadt Köthen (Anhalt) beschließt die Kalkulation der Friedhofsgebühren als Grundlage für die 3. Änderungssatzung der Friedhofsgebührensatzung.

Gesetzliche Grundlagen:

- Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt
- Kommunalabgabengesetz
- Gemeindehaushaltsverordnung - Doppik LSA

Darlegung des Sachverhalts / Begründung

Die der gegenwärtig gültigen Friedhofsgebührensatzung zu Grunde liegende Gebührenkalkulation umfasst planerisch den Kalkulationszeitraum 2008 bis 2010 und berücksichtigt zudem die Ergebnissaldi aus der Nachkalkulation der Jahre 2004 bis 2006.

Im Hinblick auf einen im Regelfall rechtlich maximal zulässigen Kalkulationszeitraum von drei Jahren ist unverzüglich eine neue Kalkulation der Friedhofsgebühren vorzunehmen.

Grundsätzlich muss sich die Neukalkulation der Gebührensätze planerisch auf den Zeitraum 2012 bis 2014 beziehen und zudem die Ergebnisse aus der Nachkalkulation für den Zeitraum 2007 bis 2010 berücksichtigen.

Die sich aktuell ergebende zeitliche Verzögerung bei der Neukalkulation der Gebührensätze resultiert zum einen aus der Überprüfung der bisherigen kostenrechnerischen Kostenzuordnung im Bereich der Grabnutzungsgebühren und zum anderen aus dem Zusammentreffen von Neukalkulation (Kalkulationszeitraum 2012 - 2014) und der Systemumstellung (2012) von der kameralistischen auf die doppelte Buchführung und dem damit verbundenen, klärungsbedürftigen Sachverhalt der periodengerechten Ertragszuordnung; insbesondere mit dem Umgang der bereits in Vorjahren für zukünftige Perioden vereinnahmten Beträge im Bereich der Grabnutzungsgebühren.

Die Kalkulation der Friedhofsgebühren der Stadt Köthen (Anhalt) umfasst die nachfolgenden Hauptbereiche:

- A Grabnutzungsgebühren
- B Bestattungsgebühren
- C Gebühren für Ausbettungen
- D Gebühren für die Nutzung von Räumlichkeiten
- E Verwaltungsgebühren
- F Sonstige Gebühren

zu A) Grabnutzungsgebühren

Im Zusammenhang mit der Kalkulation der Grabnutzungsgebühren sind vier wesentliche Sachverhalte erläuterungsbedürftig:

1. Die überarbeitete Kostenzuordnung im Hinblick auf die Ermittlung der gebührenfähigen Kosten (siehe auch Anlage 1 und 2).
2. Die Bildung sog. Passiver Rechnungsabgrenzungsposten für eine periodengerechte Ertragszuordnung von bereits vereinnahmten Gebühreneinnahmen (siehe auch Anlage 3/1 - 3/3).
3. Die Berücksichtigung von Vorjahren.
4. Die Verwendung zusätzlicher Äquivalenzziffern (Verhältniszahlen) im Hinblick auf eine differenzierte Kostenverteilung zwischen den einzelnen Grabformen.

zu A.1) Überarbeitete Kostenzuordnung im Bereich der Grabnutzungsgebühren

Im Rahmen der bisherigen Kostenrechnung wurden die für die Kalkulation von Grabnutzungsgebühren zu Grunde gelegten Kosten über einen prozentualen Verteilerschlüssel ermittelt. Dieser Verteilerschlüssel basierte auf einer historisch gewachsenen Flächenzuordnung. Auf Basis dieser Flächenzuordnung wurden die Kosten in einen „gebührenfähigen“ Kostenanteil und in einen durch die Stadt Köthen (Anhalt) zu tragenden Kostenanteil aufgeteilt. Eine prozentuale Kostenverteilung erfolgt immer dann, wenn eine direkte Kostenzuordnung nicht möglich ist.

Im Zuge der vorbereitenden Arbeiten zur Einführung der Doppik und im Hinblick auf eine möglichst genaue Kostenzuordnung, auch unter Berücksichtigung der Erkenntnisse im Zusammenhang mit dem parallel erarbeiteten Friedhofsentwicklungskonzept, wurde die bestehende Kostenzuordnung überarbeitet.

Die überarbeitete Kostenzuordnung sieht eine möglichst direkte Kostenzuordnung (gebührenfähig, nicht gebührenfähig) vor; soweit das durch die gegenwärtige Kostenrechnung und die zur Verfügung stehende systemtechnische Unterstützung ermöglicht werden kann.

In einem ersten Schritt werden so die separat erfassten Kosten für die Einrichtung und Auflösung von Grabfeldern, die Abfallbeseitigung, die Unterhaltung der Wasserleitungen und des Wegenetzes sowie der baulichen Anlagen dem Gebührenzahler in vollem und nicht wie in den Vorjahren anteiligem Umfang als „gebührenfähige“ Kostenanteile zugeordnet, da diese Kosten durch die dem Betriebszweck dienenden Sachverhalte verursacht werden.

Dem gegenüber werden die Kosten für die Unterhaltung der Schließungsfläche der Stadt Köthen (Anhalt) als „nicht gebührenfähiger“ Kostenanteil direkt zugeordnet.

die dem Betriebszweck dienende Sachverhalte - Gebührenzahler -	die <u>nicht</u> dem Betriebszweck dienende Sachverhalte - Stadt Köthen (Anhalt) -
- Einrichtung von Grabfeldern	- Unterhaltung der ausgewiesenen Schließungsflächen
- Auflösung von Grabfeldern	
- Abfallbeseitigung	
- Unterhaltung des Wasserleitungs- und Wegenetzes	
- Gebäude und bauliche Anlagen	

Darüber hinaus werden die verbleibenden, nicht direkt zuordenbaren, flächenbezogenen Kosten auf Basis eines gegenüber den Vorjahren bereinigten Flächenschlüssels verteilt (siehe auch Anlage 1).

Die Differenzierung hinsichtlich der Flächenzuordnung erfolgt, analog der direkten Kostenzuordnung, unter dem Aspekt „dem Betriebszweck dienend“ (Gebührenzahler) bzw. „nicht dem Betriebszweck dienend“ (Stadt Köthen (Anhalt)).

die dem Betriebszweck dienende Flächen - Gebührenzahler -	die <u>nicht</u> dem Betriebszweck dienende Flächen - Stadt Köthen (Anhalt) -
- Grabfläche belegt	- unbelegte Grabfläche (welche Überkapazität darstellt und keine Schließungsfläche ist)
- Reserveflächen (unbelegte Grabfläche)	
- „Rahmengrün/Strukturgrün“	

In Folge der überarbeiteten Kostenzuordnung und der Ablösung des historisch gewachsenen Verteilungsschlüssels durch eine weitgehend direkte Kostenzuordnung und die Kostenzuordnung auf Basis eines überarbeiteten, Flächen basierten Verteilungsschlüssels erhöhen sich die periodischen, gebührenfähigen Kosten von Ø ca. 136 TEUR auf Ø ca. 240 TEUR um Ø ca. 104 TEUR (siehe auch Anlage 2).

In der gegenüber den Vorjahren genaueren, verursachungsgerechteren Kostenzuordnung und nicht im Anstieg der Gesamtkosten, liegt die Notwendigkeit für die Anhebung der bestehenden Gebührensätze begründet.

Die Grabnutzungsgebühren ab 2012 werden demzufolge auf Basis des aktuellen Kostenniveaus (Ø 240 TEUR) und den prognostizierten, durchschnittlichen Fallzahlen der Jahre 2012 bis 2014 kalkuliert. In Folge der überarbeiteten Ermittlung der gebührenfähigen Kosten erhöht sich damit das der Gebührenkalkulation zu Grunde gelegte Kostenniveau um ca. 76% von ca. Ø 136 TEUR auf Ø 240 TEUR und führt damit zum Anstieg der Gebührensätze (siehe auch Anlage 4).

zu A.2) Periodengerechten Ertragszuordnung/ Die Bildung Passiver Rechnungsabgrenzungsposten (PRAP)

Im Rahmen der doppelischen Haushaltsführung (ab 2012) sind entsprechend § 42 Abs. 2 GemHVO-Doppik alle vor dem Abschlussstichtag erzielten Einnahmen, hier Erträge aus Grabnutzungsgebühren und Gebühren für die Verlängerung von Nutzungsrechten zu neutralisieren (periodengerecht abzugrenzen), wenn sie Erträge für einen bestimmte Zeit (entsprechend der Laufzeit der erworbenen Nutzungsrechte), nach dem Abschlussstichtag darstellen.

Ebenso sind die in Vorjahren neutralisierten Erträge erfolgswirksam zuzuordnen, wenn sie Erträge für die abzuschließende Periode darstellen.

Diese Ertragsabgrenzung erfolgt mit der Bildung und Auflösung sog. Rechnungsabgrenzungsposten.

Beispiel:

Im Jahr 2012 wird ein Nutzungsrecht (beginnend ab 2012) für eine Dauer von 10 Jahren für eine Gesamtgebühr in Höhe von 500,00 EUR (50 EUR p. a.) erworben.

<i>Liquiditätszufluss in der Erhebungsperiode 2012 (Einzahlung 2012)</i>	<i>500 EUR</i>
<i>Periodengerechte Ertragszuordnung für Erhebungsperiode 2012 (Ertrag 2012)</i>	<i>: 50 EUR</i>
<i>Periodengerechte Ertragsabgrenzung in Erhebungsperiode 2012 (PRAP 2012):</i>	<i>450 EUR</i>

Eine derartige Zuordnung erfolgt in der Kameralistik nicht. Hier verbleiben die im Haushaltsjahr erzielten Einnahmen aus Grabnutzungsgebühren und der Verlängerung von Nutzungsrechten in dem Haushaltsjahr, wo sie vereinnahmt wurden, ungeachtet der Tatsache, dass ein Nutzungsrecht über mehrere Jahre erworben wurde und der gezahlte Betrag auch die zukünftigen Kosten der Grabstätte entsprechend der Nutzungsrechtslaufzeit abdecken sollte.

Die Bildung von Passiven Rechnungsabgrenzungsposten ab dem Zeitpunkt der doppelischen Haushaltsführung (2012) stellt nach gegenwärtigem Erkenntnisstand, aufgrund der systemtechnischen Voraussetzungen, keine Probleme dar.

Als problematisch wird die sachgerechte, erfolgswirksame Ertragszuordnung (PRAP-Auflösung) von den in Vorjahren vereinnahmten Beträgen bewertet.

Im Hinblick auf den Datenbestand für die Friedhöfe der Stadt Köthen (Anhalt) ist festzustellen, dass lediglich ca. 4.000 Datensätze (=Nutzungsrechte) für die Jahre 2001 bis 2010 in elektronisch auswertbarer Form vorliegen. Im Hinblick auf eine Grundgesamtheit von ca. 7.600 (Stand: 13.07.11) vergebenen Nutzungsrechten entspricht dies ca. 53%. Im Umkehrschluss müssten für ca. 3.600 Nutzungsrechte die Passiven Rechnungsabgrenzungsposten fallweise, durch manuelle Aktensichtung, ermittelt werden.

Hierzu müsste für jedes Nutzungsrecht der Zeitpunkt der Vergabe bzw. der Verlängerung und der dabei gültige Gebührensatz sowie das Nutzende festgestellt werden. Diese Daten müssten dann in die Friedhofssoftware eingepflegt werden, um sie ggf. elektronisch auswerten zu können.

Im Vorfeld wäre zu prüfen, ob alle Gebührensatzungen und sämtliche Akten, insbesondere die von den eingemeindeten Ortschaften, vorliegen. Da der zu betrachtende Zeitraum zunächst nur die Jahre 1990 bis 2000 umfassen würde, müsste dann noch geklärt werden, wie mit Nutzungsrechten umzugehen wäre, die vor 1990 erworben wurden und aktuell noch ihre Gültigkeit besitzen. Bei einer derzeitigen maximalen Nutzungsrechtsdauer von 25 Jahren beträfe dies ggf. noch Nutzungsrechte, welche ab 1986 vergeben wurden.

Aufgrund der vermuteten unvollständigen Datenlage (z.B. durch die Eingemeindungen) und des mit der Ermittlung verbundenen hohen Aufwands und der zur Verfügung stehenden Ressourcen wird die Ermittlung der Passiven Rechnungsabgrenzungsposten auf Basis tatsächlich erhobener Gebühren als nicht realisierbar eingeschätzt.

Aus den vorgenannten Gründen wird für die Ertragsanteile aus den in der Vergangenheit vereinnahmten Gebühren eine modellhafte Bildung von Passiven Rechnungsabgrenzungen erfolgen, welche Ertragsauflösungen auf Basis des bestehenden Kostenniveaus, die bestehenden Nutzungsrechte und die Restlaufzeiten der Nutzungsrechte in sachgerechter Form berücksichtigt.

Grundgedanke dieses Ansatzes ist, dass grundsätzlich die zu erzielenden periodengerechten Erträge die Aufwendungen der Periode decken (z.B. 240 TEUR Aufwand der Periode / 240 TEUR Erträge aus Gebühren und PRAP-Auflösung in der Periode).

zu A.3) Die Berücksichtigung von Vorjahren

An dieser Stelle wird auf die bereits unter A.2 ausgeführte Problematik der periodengerechten Ertragszuordnung im Zusammenhang mit dem Systemwechsel von der kameralen zur doppischen Haushaltsführung verwiesen.

Da nach kameraler Auffassung die zugeflossenen Erträge komplett in den zurückliegenden Erhebungsperioden zu berücksichtigen sind und unter der doppischen Betrachtungsweise periodengerecht auf die in der Zukunft liegenden Perioden, entsprechend der Nutzungsrechtslaufzeiten zu verteilen sind, käme es bei einer Vermischung beider Ansätze, im Hinblick auf eine Plankalkulation unter doppischer Verfahrensweise und den Einbezug der Ergebnisse einer Nachkalkulation auf kameraler Basis, zu einer doppelten Anrechnung von Erträgen.

Aus diesem Grund wird im Bereich der Grabnutzungsgebühren und der Gebühren für die Verlängerung von Nutzungsrechten auf die Einbeziehung etwaiger, unter kameraler Sichtweise kalkulierter, Ergebnissaldie verzichtet und die Gebührenkalkulation ausschließlich an den aktuellen Periodenkosten und den aktuellen Fallzahlen ausgerichtet.

zu A.4) Die Berücksichtigung von Äquivalenzzahlen

In Abweichung zu der Verfahrensweise in den Vorjahren werden zusätzlich zur Verhältniszahl der Grabfläche die Verhältniszahlen für den Unterhaltungsaufwand, die mögliche Belegungszahl (Grabplätze) sowie für die Wahl- und Gestaltungsfreiheit berücksichtigt.

Durch den Einbezug der zusätzlichen Äquivalenzziffern (Verhältniszahlen) wird eine differenziertere Kostenverteilung zwischen den einzelnen Grabformen erreicht (siehe auch Anlage 4/1 – Seite 1).

zu B) Bestattungsgebühren

Die Bestattungsgebühren werden auf Basis der jeweiligen Ansätze für Personal- und Sachkosten ermittelt. Überschüsse aus der Nachkalkulation der Vorjahre werden Gebühren mindernd berücksichtigt (siehe auch Anlage 4 / 2).

zu C) Gebühren für Ausbettungen

Die Gebühren für Ausbettungen werden auf Basis der jeweiligen Ansätze für Personal- und Sachkosten ermittelt. Überschüsse aus der Nachkalkulation der Vorjahre werden Gebühren mindernd/erhöhend berücksichtigt.

Entsprechend der Eingangswerte verringern sich die Kosten für Ausbettungen.

Die Gebühr für das Versenden einer Asche erhöht sich durch den zu berücksichtigenden Vorjahressaldo.

Zudem wurde die Gebühr für die Ausbettung einer Leiche auf Basis der hierzu erforderlichen Personal- und Sachkosten kalkuliert, jedoch nicht, aufgrund der geringen Eintrittswahrscheinlichkeit, in die periodische Kostendeckung mit eingerechnet (siehe auch Anlage 4 / 3).

zu D) Gebühren für die Nutzung von Räumlichkeiten

Die Gebühren für die Nutzung von Räumlichkeiten (Leichenhalle, Abschiedsraum und Trauerhalle) werden auf Basis der jeweiligen gebührenfähigen Kosten und den voraussichtlichen Fallzahlen kalkuliert.

Die durch die Kalkulation ermittelten Gebührensätze wurden aufgrund ihrer Höhe als nicht realisierbar eingeschätzt (siehe auch Anlage 4 / 4).

Bei Erhebung der kalkulierten Gebühren wird von einer „Abwanderung“ der Nutzer ausgegangen, ohne dadurch eine Verbesserung der Kostendeckungssituation herbeizuführen.

Aus diesem Grund wird vorgeschlagen, auch unter Berücksichtigung des § 5 Abs. 1 KAG LSA, die Gebühren auf dem Niveau des auslaufenden Gebührenzeitraums zu belassen.

zu E) Verwaltungsgebühren

Die Verwaltungsgebühren wurden auf Basis der entsprechenden Zeitansätze und Personalkosten kalkuliert und spiegeln den mit der Leistung verbundenen Verwaltungsaufwand wider.

Die entsprechenden Gebührenerträge werden, analog der Verfahrensweise in den Vorjahren, mit dem Gemeinkostenblock saldiert, bevor dieser auf die separat zu kalkulierenden Hauptkostenstellen umgelegt wird.

Entsprechend der Eingangswerte ist ein Anstieg der Gebühren gegenüber dem abgelaufenen Gebührenzeitraum zu verzeichnen (siehe auch Anlage 4 / 5).

zu F) Sonstige Gebühren

Die sonstigen Gebühren entsprechen in ihrer Höhe den Gebühren des abgelaufenen Gebührenzeitraums.

Die Definition der Gebührenhöhe orientiert sich einerseits am eingeschätzten Aufwand seitens der Stadt Köthen (Anhalt) und andererseits an dem für den Gebührenzahler verbundenen Nutzen.

Die entsprechenden Gebührenerträge werden, analog der Verfahrensweise in den Vorjahren, mit dem Gemeinkostenblock saldiert, bevor dieser auf die separat zu kalkulierenden Hauptkostenstellen umgelegt wird (siehe auch Anlage 4 / 6).

Eine zwischen den „Alten“ und „Neuen“ Gebührensätzen vergleichende Übersicht findet sich in der Anlage 4 zu dieser Vorlage.

Eine vergleichende Übersicht über die Grabnutzungsgebühren anderer Städte befindet sich in der Anlage 5 zur Vorlage.

Zusammenfassung

Zeitliche Erfordernis der Gebührenkalkulation	Die durch die ausstehende Kalkulation zu ermittelnden Gebührensätze erhalten ihre Gültigkeit mit dem 01.01.2012.
Überarbeitete Kostenzuordnung	In Folge der Überarbeitung der Kostenzuordnung erhöhen sich die periodischen gebührenfähigen Kosten um ca. 104 TEUR von ca. 136 TEUR auf TEUR 240.
Sachgerechte Bildung Passiver Rechnungsabgrenzungsposten (PRAP)	<p>Mit der Einführung der Doppik erfolgt die periodengerechte Ertragszuordnung. Die periodengerechte Ertragszuordnung findet sich in der Bildung und Auflösung so genannter PRAP wieder.</p> <p>Die Bildung von PRAP erfolgt ab 2012 auf der Basis der jeweils gültigen Gebührensätze entsprechend den einschlägigen Vorschriften.</p> <p>Die Bildung von PRAP für die vor 2012 vereinnahmten Grabnutzungsgebühren erfolgt auf Basis eines sachgerechten Modells, welches das aktuelle Niveau der gebührenfähigen Kosten, die aktuell bestehenden Nutzungsrechte und die aktuellen Restlaufzeiten der Nutzungsrechte berücksichtigt.</p>
Berücksichtigung von Vorjahren	<p>Im Rahmen des Systemwechsels (2012) von der kameralistischen zur doppelischen Haushaltsführung werden in der anstehenden Gebührenkalkulation im Bereich der Nutzungsrechtsgebühren keine Ergebnissaldi der Vorjahre, sondern periodengerecht zugeordnete Erträge, durch die Bildung sachgerechter PRAP, berücksichtigt.</p> <p><i>Damit wird eine ungerechtfertigt hohe Belastung des Gebührenzahlers durch die Nachholung der kostenrechnerischen Unterdeckung durch die historisch bedingten zu geringen PRAP vermieden und gleichzeitig die Allgemeinheit im Rahmen der Gesamtdeckung nicht belastet.</i></p>
Sachgerechte Gebührenkalkulation	<p>Die Gebührenkalkulation erfolgt auf dem aktuellen Niveau der gebührenfähigen Kosten und der entsprechenden Fallzahlen.</p> <p>Aufgrund der gegenwärtig noch ausbaufähigen Kostenrechnung wird zunächst das bisherige Kalkulationsmodell der Äquivalenzziffernkalkulation um einige Äquivalenzziffern erweitert um eine, gegenüber den Vorjahren, differenziertere Gebührensatzermittlung zu erzielen.</p>

Anlagen:



Anlage1+2_Flächenanteile.pdf



Anlage3_PRAP.pdf



Anlage4_Gebührenkalkulation Teil 1.pdf



Anlage4_Gebührenkalkulation Teil 2.pdf



Anlage5_Gebührenvergleich-Gemeinden.pdf